



Harald Christ: Es wurde Zeit zu gehen

Entfremdungsprozess wegen Linksruck – Kurswechsel:
Vom SPD-Mittelstandsbeauftragten zum FDP-Bundesschatzmeister

Die berufliche Erfolgsleiter von Harald Christ hat viele Sprossen: Vertriebsdirektor der BHW Bausparkasse, Direktor Vertriebssteuerung für die Deutsche Bank 24, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburger Kapitalanlagegesellschaft HCI Capital, Generalbevollmächtigter der Berliner Weberbank, Vorsitzender des Vorstandes der Postbank Finanzberatung AG und Vorstandsvorsitzender der ERGO Beratung und Vertrieb AG – um nur einige der hochkarätigen Führungspositionen in deutschen Großunternehmen und Konzernen zu erwähnen.

Sein Vermögen erwarb Harald Christ, indem er im Jahr 2005 den Fondsanbieter HCI an die Börse führte und danach die eigenen Anteile verkaufte.

Vor gut drei Jahren gründete Harald Christ die Beratungsfirma Christ & Company, mit der er anderen Unternehmen bei ihrer Strategie, bei Fusionen, Restrukturierung und Kommunikation unter die Arme greift.

Politisch konnte Christ bis vor einem Jahr auf eine über 30jährige Mitgliedschaft in der SPD verweisen. Zur Bundestagswahl 2009 war er im Schattenkabinett des damaligen SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier sogar als Wirtschaftsminister vorgesehen. Als Beauftragter der SPD für den Themenbereich „Mittelstandspolitik“ sollte er zudem den Partei-

vorstand bei programmatischen Grundsatzfragen beraten. In dieser Funktion versuchte er die Wirtschaftskompetenz der SPD zu stärken, stieß bei diesem Unterfangen – so wussten Insider zu berichten – aber immer wieder auf Widerstand.

Alles das ist aber inzwischen hinfällig geworden. Nach der Wahl von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans zum SPD-Doppelvorsitz im Dezember 2019 gab Christ sein Vorhaben auf und trat aus der SPD aus.

Seine Begründung: Der Linksruck der Partei repräsentiere seine Mittelstands- und Wirtschaftspositionen nicht mehr. Drei Monate nach seinem Parteiaustritt schloss sich Christ der FDP an. Die Liberalen erkannten sofort die Chance, die ihnen das politische Schwergewicht für die eigene Arbeit bot.

Kurz nach seinem Parteiwechsel nominierte das Präsidium der FDP den 48-Jährigen für das Amt des Bundesschatzmeisters, also für die Nachfolge von Hermann Otto Solms. Auf dem FDP-Parteitag am 22. September 2020 folgten dann die Delegierten dem Vorschlag des Präsidiums und wählten Harald Christ zum Finanz-Chef der Partei.

Über seine künftige Rolle als FDP-Spitzenpolitiker und über seine Vorstellungen, einer liberalen Wirtschafts-, Mittelstands- und Gesellschaftspolitik Geltung zu verschaffen, sprach Harald Christ mit Anita Schäfer.

? Sie haben Knall auf Fall der SPD den Rücken gekehrt und Ihre neue politische Heimat in der FDP gefunden. Gab es außer dem Linksruck, den die SPD nach Ihrer Ansicht vollzogen hatte, noch weitere Gründe für den Parteiwechsel?

Harald Christ: Für die Öffentlichkeit war es ein „Knall auf Fall“. Für mich war es ein längerer Prozess des Auseinanderlebens. Die SPD, in der ich 1988 mit 16 Jahren Mitglied wurde, hatte einen starken wirtschaftspolitischen Kern und war auch eine Partei für den Mittelstand, stark auch im Handwerk. Die SPD, in die ich eingetreten war, gibt es so nicht mehr. Die wirtschaftspolitischen Positionen haben sich in den letzten Jahren weiter marginalisiert und wurde mit dem Votum der Mitglieder für die neue Parteispitze weiter nach links entschieden. Mein Austritt war daher konsequent. Ich stehe für eine starke Soziale Marktwirtschaft – sozial und marktwirtschaftlich liberal. Eine Politik gegen den Mittelstand und die Wirtschaft ist mit mir nicht zu machen.

? Auf Vorschlag von Parteichef Christian Lindner wurden Sie nicht einmal ein halbes Jahr nach Ihrem Eintritt in die FDP in die Schlüsselposition des Bundesschatzmeisters gewählt. Damit sind Sie automatisch Mitglied des Präsidiums und gehören zum engsten Führungszirkel der Partei. Welche politischen Schwerpunkte möchten Sie in diesem Gremium setzen – von Ihrem Job als Bundesschatzmeister einmal abgesehen?

Harald Christ: Das Jahr 2020 war von der Corona-Pandemie geprägt, die Auswirkungen auf viele unserer Lebensbereiche hatte. Viele fürchten um ihre Gesundheit, ihre Existenz und ihre Zukunft. Die Krise hat deutlich gemacht, was wir in Deutschland dringend verbessern müssen – etwa die Digitalisierung im Gesundheits- und Bildungswesen und in der Verwaltung. Wir brauchen zudem eine Offensive für mehr Privatinvestitionen und neue Technologien sowie die Entlastung für Unternehmen und die arbeitende Mitte. Durch die Pandemie und die zahlreichen Eingriffe in unsere Frei-

heitsrechte hat auch unsere Demokratie gelitten. Genau darin sehen wir unsere Schwerpunkte. Wir müssen stärker aus dieser Krise herauskommen, als wir hineingestolpert sind. 2021 braucht es wirtschaftliche Kompetenz und soziale Balance.

? Die FDP dümpelt zurzeit in Umfragen zwischen fünf und sechs Prozent dahin. Ist das eine Grundlage dafür, die von Ihnen beschriebenen Ziele durchzusetzen?

Harald Christ: In den neuesten Umfragen liegen wir bei acht Prozent, das ist eine stabile Ausgangslage. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir bei der letzten Bundestagswahl mehr als zehn Prozent der Stimmen erhalten haben – und das wird uns wieder gelingen. Dafür werben wir mit einem guten Team an Köpfen und inhaltlichen Beiträgen. Übrigens werden im nächsten Jahr, nach allem was wir heute wissen, die gesundheitlichen Risiken zunehmend unter Kontrolle geraten – der Fokus wird dann wieder verstärkt auf den Inhalten liegen.

„Durch die Pandemie und die zahlreichen Eingriffe in unsere Freiheitsrechte hat auch unsere Demokratie gelitten.“

? Ihr Wechsel von der SPD zur FDP wird auch als Zeichen dahingehend gedeutet, dass sich die FDP der SPD als Koalitionspartner andienen will. Täuscht dieser Eindruck?

Harald Christ: Die FDP ist eine eigenständige Partei. Wir definieren uns nicht über mögliche Koalitionspartner, sondern über unsere eigenen Positionen und Werte. Zu unseren inhaltlichen Zielen und Überzeugungen gehören beispielsweise die Abschaffung des Soli, ein Digitalministerium, eine Bildungsoffensive, eine rationale Energiepolitik und weniger Bürokratismus. Wenn es ein faires Miteinander gibt und jeder Projekte umsetzen kann, sind wir gerne Teil einer Koalition. Schnittmengen gibt es mit der Union, aber auch mit der SPD. Wir setzen selbstbewusst auf unsere eigene Stärke!

? In Ihrer Bewerbungsrede auf dem FDP-Parteitag haben Sie der amtierenden Bundesregierung vorgeworfen, dass die Corona-Krise genutzt werde, „um schleichend den Sozialismus einzuführen“. Können Sie diese Kritik an zwei bis drei Beispielen festmachen?

Harald Christ: Dafür gibt es zwei Beispiele: Zum einen erleben wir die höchste Aufnahme von Schulden in der Geschichte der Bundesrepublik. Wenn sich diese Dynamik bei der Staatsverschuldung so fortsetzt, besteht die ernsthafte Gefahr der Überschuldung. Ein solcher Corona-Sozialismus führt in letzter Konsequenz in die Staatspleite. Zum anderen nehmen in der aktuellen Krise die staatlichen Eingriffe in Unternehmen immer mehr zu. Denken Sie etwa an Lufthansa oder TUI. Dass der Staat in dieser außerordentlichen Krise ausnahmsweise hilft, um Arbeitsplätze und Existenzen zu retten, ist sicher richtig. Aber problematisch ist, dass es keine automatischen Mechanismen gibt, die nach einem Einstieg einen strikten Ausstiegspfad vorschreiben. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und er sollte Wirtschaft und Ge-



Harald Christ und Parteichef Christian Lindner bei der Unterzeichnung des Mitgliedsantrags für die FDP

„Wenn sich die Dynamik bei der Staatsverschuldung fortsetzt, besteht die ernsthafte Gefahr der Überschuldung. Ein solcher Corona-Sozialismus führt in letzter Konsequenz in die Staatspleite.“

sellschaft nicht auf Dauer dominieren. Wir brauchen einen starken Staat, der seine Kernaufgaben wahrnimmt, aber wir brauchen keinen Staat, der sich auf Dauer in die Wirtschaft einmischt.

? Bleiben wir bei der Corona-Krise. Unisono sagen nicht nur viele Wissenschaftler, sondern auch Mediziner, dass Zusammenkünfte von Personen in Gaststätten weniger die Gefahr einer Corona-Infektion in sich bergen, als die Zusammenkünfte in den eigenen vier Wänden. Gleichwohl wurde von der Politik anders entschieden und die Gastronomie in den Lockdown einbezogen. Hier vermisst der mittelständische Unternehmer die FDP als Stimme der Vernunft. Täuscht dieser Eindruck?

Harald Christ: Die FDP hat sich immer für eine verantwortungsvolle und entschlossene Bekämpfung dieser Pandemie eingesetzt. Wir haben allerdings für eine klügere, langfristige Corona-Strategie geworben. Denn die Menschen und Unternehmen brauchen eine klare Perspektive. Was die Schließung der Gastronomie angeht, so haben wir frühzeitig gesagt, dass wir diese aufgrund der fehlenden Anhaltspunkte einer Ansteckung für verfassungsrechtlich sehr bedenk-

lich und für einen Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen halten. Unsere Position konnte sich aber nicht durchsetzen. Übrigens: Wir machen Druck, dass die zugesagten Hilfen in den betroffenen Branchen auch zügig ankommen – hier ist die Bundesregierung noch in der Bringschuld.

? Birgt die Corona-Krise nicht die Gefahr, einer verstärkten Staatsgläubigkeit das Wort zu reden?

Harald Christ: Viele Menschen wünschen sich in der Corona-Pandemie einen starken Staat. Der ist in der Krise sicherlich nötig. Wir Freie Demokraten wollen den Menschen allerdings ein anderes Angebot machen. Wir werben weiter für das Ideal der Eigenverantwortung. Dazu gehört auch, das Aufstiegsversprechen in unserem Land zu erneuern. Es ist egal, woher du kommst, wer du bist, wie du aussiehst. Entscheidend ist, wohin du willst. Für mich ist die FDP die Partei, die dafür Sorge trägt, dass jeder, egal wohin er will, auch seinen Weg finden kann. Nur wir sind der Garant dafür, dass Freiheit, Aufstiegsversprechen und Zukunft in diesem Land eine Stimme haben. Außerdem sollten wir uns ehrlich machen und den Menschen auch sagen, was auf uns zukommt.

Wo die Herausforderungen liegen. Zur Wahrheit gehört auch, der Staat wird nicht auf Dauer alles retten können.

? Warum nimmt die FDP klaglos hin, dass Entscheidungen von großer Tragweite wie der Lockdown von einem Gremium getroffen werden, das es als gesetzgebendes Organ überhaupt nicht gibt – nämlich die Runde der Ministerpräsidenten mit Frau Merkel. Wäre hier nicht der Gang nach Karlsruhe angezeit?

Harald Christ: Grundsätzlich kann man die Legitimation des Gremiums nicht in Frage stellen. Aber in der MPK werden – ähnlich wie beim Europäischen Rat – Entscheidungen gefällt, die faktisch endgültig und nicht mehr verhandelbar sind. Die Beschlüsse können nicht einmal vom Bundestag vorher diskutiert werden. Das ist intransparent und sollte die absolute Ausnahme bleiben. Genau deswegen haben wir im Juni, als die Lage relativ entspannt war, gefordert, die epidemische Notlage aufzuheben und dem Bundestag wieder seine Rechte als Gesetzgeber zurückzugeben. Wir wollen, dass der Bundestag umfassend in die Pandemiebekämpfung eingebunden wird, denn Demokratie schafft Akzeptanz und Akzeptanz brauchen wir.

? Werden wir – nach Ihrer Meinung – nach Ende der Corona-Krise um Steuererhöhungen herumkommen? Stichworte: Corona-Soli und Vermögenssteuer.

Harald Christ: Ich befürchte, dass die immensen Schulden, die wir jetzt aufnehmen, schnell zu den Steuererhöhungen von morgen werden können. Denn Union und SPD haben sich in den zurückliegenden Legislaturperioden vor allem mit der Frage beschäftigt, wie man den Wohlstand bestmöglich verteilen, nicht aber, wie man ihn auch in Zukunft erwirtschaften kann. Beide Parteien setzen die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und Beschäftigten in unserem Land als eine Selbstverständlichkeit

voraus, um die sich die Politik nicht wirklich kümmern muss. Da werden wir viel finanzpolitische Disziplin brauchen, damit am Ende nicht die arbeitende Mitte im Land völlig überfordert ist. Mit der FDP jedenfalls wird es weder einen Corona-Soli noch eine Vermögenssteuer geben. Wir müssen entschieden diesem populistischen Irrsinn entgegentreten. Was wir brauchen ist Wachstum durch Entlastung und keine Diskussionen der Belastung.

? Glauben Sie, dass die Corona-Krise unser Land wirtschaftlich, steuerlich und sozial nachhaltig verändern wird?

Harald Christ: Die Corona-Pandemie betrifft nicht nur alle Bereiche unseres persönlichen Le-

Zum Zeitpunkt des Interviews war Berlin-Mitte als Corona-Risikogebiet eingestuft. Daher wurde das Interview fermündlich geführt. Mit Harald Christ sprach Anita Schäfer

Foto: BDS-Archiv

bens, auch das politische und wirtschaftliche System, der Rechtsstaat, das Gesundheits- und Bildungswesen bekommen die Auswirkungen der Krise deutlich zu spüren. Die Corona-Pandemie ist ein Brennglas für viele politische Versäumnisse der Vergangenheit. Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgeht. Defizite, die durch die Krise bekannt geworden sind und solche, die vorher schon offensichtlich waren, müssen jetzt dringend angegangen werden. Wir müssen die Qualität des Standorts Deutschland, seine Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigungschancen, die Chancen auf sozialen Aufstieg grundlegend verbessern – vor allem für die Zeit nach der Krise. ■



Archivbild von 2019: Harald Christ und Anita Schäfer beim letzten gemeinsamen Gespräch

Dem Gemeinwohl verpflichtet

? Sie haben als Top-Manager in führenden Großunternehmen gearbeitet und waren für verschiedene Banken tätig. Inzwischen sind Sie mit Ihrer eigenen Firmengruppe ein überaus erfolgreicher Unternehmer. In dieser Eigenschaft haben Sie die „Harald-Christ-Stiftung für Demokratie und Vielfalt“ ins Leben gerufen. Was wollen Sie mit Ihrer Stiftung bewirken?

Harald Christ: Ich setze mich mit meiner Stiftung für die Stärkung der „Demokratie und Vielfalt“ ein. Toleranz, Akzeptanz und Freiheit sind mir immer eine Herzensangelegenheit. Zahlreiche Projekte unterstütze ich seit vielen Jahren. Nicht darüber reden, was andere tun müssten, sondern es selbst einfach machen. Zukünftig wird das meine Stiftung tun. Ich habe außerdem testamentarisch verfügt, dass mein gesamtes Vermögen, abzüglich einer Grundabsicherung für meine Familie und Partner, später einmal der Stiftung zugute kommen wird. Ich gebe quasi alles der Gesellschaft zurück. Das ist aber eine sehr persönliche Entscheidung.